

Flüchtige Friedensdividende im Norden Ugandas

Die Angehörigen des Acholi-Stammes fühlen sich als Opfer der Unterdrückung durch Museveni

Bei den Wahlen vom Freitag in Uganda gehen die Bewohner der nördlichen Acholi-Region erstmals seit 20 Jahren ohne die Bedrohung durch Rebellen an die Urnen. Präsident Museveni hofft auf eine Wiederwahl dank ihren Stimmen.

Markus M. Haefliger, Gulu

Buschkriege in Afrika hinterlassen oft wenige sichtbare Spuren. Auf dem Flecken Wianaka, 60 Kilometer südwestlich von Gulu, dem Hauptort des Siedlungsgebiets der Acholi, sind die Überreste von Häusern, die im Bürgerkrieg zerstört worden waren, verrotten. Die Strohdächer verbrannten oder sind vermodert, Regenfälle machten die Lehmziegel dem Erdboden gleich. Auch die Lager, in die bis vor zwei Jahren die Mehrheit der Bevölkerung gepfercht worden war – ob zu ihrem Schutz oder ihrer Bewachung, darüber wird im Norden Ugandas noch immer gestritten –, sind verschwunden. Ihre Hütten machten Äckern Platz, oder es wuchs Gras über die Plätze, auf denen sie gestanden hatten.

Erholung nach dem Krieg

Wianaka, das am Rand des Murchison-Falls-Nationalparks liegt, ist ein exponiertes Gebiet. Die Kämpfer der Lord's Resistance Army (LRA), der Terrororganisation des messianischen Bauernführers Joseph Kony, hatten sich zuvor häufig bis hierher vorgewagt. Nun ist von den Buden und Zelten des ehemaligen Lagers für Vertriebene nur noch eine Unterkunft übrig geblieben, die den Bäuerinnen von Wianaka als Versammlungsort dient. Hier beraten sie darüber, wofür sie ihre wenigen Einkünfte einsetzen sollen, um nach und nach die Gegenstände zu ersetzen, die ihnen im Krieg geraubt wurden: Töpfe, Kessel, Kleider, Tische und Stühle, Kisten für Habseligkeiten, Hühner, Ziegen, Matratzen, Decken sowie – vorläufig erst gemeinsam je in einem Exemplar – ein Velo und ein Transistorradio.

In anderen Gegenden des wilden Nordens Ugandas ist die Erholung nach dem Guerillakrieg, der mit der Machtergreifung Musevenis 1986 begonnen hatte, deutlicher sichtbar. Im Städtchen Gulu wird allerorten gebaut. Die Zahl der Banken stieg seit den letzten Wahlen von 3 auf 9. Laut dem Verwaltungschef des Distrikts, Musobya Kiganda, hatten jahrelang private Hilfsorganisationen die Szene beherrscht. Nur sie hätten Arbeitsstellen, Nahrungsmittel, Medikamente und soziale Dienste angeboten. Jetzt sei ihre Zahl auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Die Einwohner bewegten sich ohne Einschränkungen und produzierten wieder selber Getreide, Fleisch und Gemüse. Der Handel habe zugenommen. Schulen und Spitäler funktionierten. Kigandas Aussagen werden, mit Einschränkungen, von Menschenrechtlern und dem anglikanischen Bischof Onono-Onweng bestätigt, einer landesweit bekannten Persönlichkeit, die versucht hatte, fruchtbare Friedensgespräche mit der LRA anzustossen.

Den Fortschritt soll ein Denkmal versinnbildlichen, das vor zwei Jahren auf einer Kreuzung in Gulu errichtet wurde. Es zeigt zwei Kinder, die ein Schnellfeuergewehr niedergelegt haben und in einem Stapel von Schulbüchern wühlen. Das Replikat der Waffe wurde gestohlen, aber jemand nahm sich die Mühe, es durch einige symbolisch angeordnete Stäbe zu ersetzen. Im Übrigen ist das Denkmal bis zur Unkenntlichkeit mit Wahlplakaten verklebt.

Bei der Präsidentenwahl vom Freitag hofft Präsident Museveni, dass die Bewohner des Nordens die Fortschritte der letzten Jahre ihm gutschreiben. Der 66-Jährige, der für eine vierte Amtszeit antritt, wäre dringend auf die Stimmen der Acholi angewiesen. Im Süden, wo ihm bei früheren Wahlen deutliche Mehrheiten gewiss waren, büsste Museveni an Rückhalt ein, seitdem er sich vor



Frauen der Bauernvereinigung von Wianaka im Norden Ugandas.

MARKUS HAEFLIGER

zwei Jahren mit Kabaka Mutebi anlegte, dem traditionellen Oberhaupt der Baganda, der größten Ethnie des Landes. Mutebi war Musevenis Verbündeter gewesen, weil dieser einige Funktionen und Privilegien des «Königs» der Baganda restauriert hatte. Als dieser auch nach politischer Autonomie verlangte, erfolgte der Bruch. Museveni goss noch Öl ins Feuer, indem er das Territorium des Baganda-Gebiets zugunsten eines anderen traditionellen Stammesführers beschchnitt. Im September 2009 kam es deswegen in der Hauptstadt Kampala zu blutigen Ausschreitungen.

Viele Ugander sind Musevenis, der seit einem Vierteljahrhundert regiert, aber auch schlicht überdrüssig. Dass er das Land von der Gewaltherrschaft der Diktaturen der siebziger und achtziger



Jahre unter Obote und Amin befreite, liegt lange zurück. Dank Reformen wächst die Wirtschaft mit jährlichen Raten von mehr als fünf Prozent. Aber nach dem Urteil von Fachleuten bleibt das Land mit einer Bevölkerung von 32 Millionen dennoch weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Die Entwicklung wird durch ein ungebremses Bevölkerungswachstum, Korruption, hohe Militärausgaben und den Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten und Investitionen zurückgebunden.

Furcht vor Ausschreitungen

Viele seiner Landsleute sehen in Museveni, in jüngeren Jahren einer der originellsten und hoffnungsvollsten Staatshäupter Afrikas, nur noch einen Autokraten. 2005 hatte er die Amtszeitbeschränkung aus der Verfassung streichen lassen. Bei den ersten Wahlen im Jahr darauf sank sein Stimmenanteil von 69 Prozent auf 59 Prozent. Laut seinem ärgsten Widersacher, Kizza Besigye, der auch diesmal wieder antritt, gewann Museveni nur mit Hilfe von schwerem Wahlbetrug. Die Wahlbeobachter der EU schlugen 2006 Massnah-

men zur Verbesserung der Transparenz der Wahlen und eine neu zusammengesetzte Wahlkommission vor. Aber die Empfehlungen wurden in den Wind geschlagen. In Gulu bemängelt Francis Odongyoo, ein Verantwortlicher der ugandischen Menschenrechtsorganisation Human Rights Focus, dass Wähler auch dieses Mal keine Stimmausweise vorzeigen müssten. Es genüge, im Wahlregister aufgeführt zu werden. Dort jedoch fehlten oft die zu den Namen gehörenden Fotos.

Die meisten Beobachter erwarten ein knappes Resultat, einige warnen vor Gewaltausbrüchen. Besigye erklärte, sein Oppositionsbündnis Forum for Democratic Change werde unabhängig von der Wahlkommission die Ergebnisse zusammentragen und veröffentlichen. Da insgesamt sieben Kandidaten antreten, ist ein zweiter Wahlgang wahrscheinlich. Bei dem Urnengang wird auch das Parlament neu bestellt, in dem Musevenis Partei, das National Resistance Movement (NRM), über eine Mehrheit von 57 Prozent verfügt.

Ein bewährtes Mittel, mit dem Museveni versucht, an der Macht zu bleiben, liegt in der Ausweitung der politischen Patronage. Zu diesem Zweck schanzte sich das Präsidialamt im Dezember ein zusätzliches Budget von umgerechnet 40 Millionen Franken zu. Dank zusätzlichen Rekrutierungen des NRM zählt Musevenis Partei nun angeblich neun Millionen Mitglieder, fast zwei Drittel der eingetragenen Wähler. Seit 2006 vermehrte die Regierung die Zahl der über das Land verteilten Distrikte, die über gewählte Räte und Volksvertretungen verfügen, von 36 auf 114. Die Massnahme soll die Entwicklung fördern, aber sie vermehrt vor allem die Zahl der Ämter und Posten in der Provinz.

Ugandische Amtsstube

«Reine Geldverschwendung», meint denn auch kurz und bündig Lucy, die Sekretärin im Vorzimmer des Verwaltungschefs von Gulu, zur wundersamen Vermehrung der Gebiete. Im Falle Gulus gingen seit 2008 aus dem Distrikt zwei weitere hervor. Bevor Lucy ihre Meinung so frei äussert, muss sie allerdings erst geweckt werden. Sie hatte, den Kopf auf das Pult gelegt, ausgiebig gedöst und erklärt dies nun damit, dass der Strom seit mehreren Stunden ausgefallen sei und sie den Computer nicht gebrauchen könne.

Später tritt ein Angestellter des Personaldienstes in das Büro, dessen Möblierung aus der Kolonialzeit stammt. Er hält längst fällige Rechnungen einer Gruppe von Auftragnehmern in der Hand, denen die Distriktverwaltung

Lohnzahlungen schuldet, und versucht Lucy dazu zu überreden, das Dossier mit der Bitte um dringende Erledigung an den Chef weiterzureichen. Was dabei für sie drinliege, fragt Lucy schamlos. Ihre Tochter gehe in eine neue Schule, was ihr ein Eintrittsgeld von umgerechnet 400 Franken abfordere. Der Kollege reagiert in keiner Form auf die Forderung nach einer Bestechung, sondern legt das Dossier auf einen hohen Stapel unerledigter Papiere.

Armut ist eine wenig sichtbare, aber allgegenwärtige Begleiterin im ugandischen Norden. Die Bäuerinnen von Wianaka ziehen untereinander 52 Kinder gross, aber nur 23 von ihnen gehen in die Schule. Francis Odongyoo, der Menschenrechtsaktivist in Gulu, gibt der Armut die Verantwortung an der anhaltenden Ablehnung der Regierung durch die Acholi. Friede bedeute mehr, als dass die Gewehre verstummen. «Die Bauern sind auf ihre Felder zurückgekehrt, aber die Kühe, die auf ihnen weideten, kennen sie nur in der Erinnerung», sagt Odongyoo. Den Acholi sei nichts, was sie im Krieg verloren hätten, zurückerstattet worden. Die Rücknahme der Äcker sei chaotisch erfolgt. «Wir wurden vom Frieden überfallen», sagt Odongyoo.

Zwanzig Jahre nach der Vertreibung hatten sich die Erinnerungen an Felder und ihre Grenzen verflüchtigt oder waren von den Alten mit ins Grab genommen worden. Dazu kommt der Landraub während des Krieges, namentlich von Armeeingehörigen. Vor dem Distriktgericht von Gulu wurden allein letztes Jahr über 1200 Landstreitigkeiten verhandelt, aber nur in 425 der Fälle kam das Gericht zu einem Urteil.

Zu den materiellen Verlusten kommen die unsichtbaren Wunden. Im Buch «The Wizard of the Nile» geht der britische Journalist Matthew Green dem verwirrenden Zwiespalt nach, den viele Acholi gegenüber der Terrororganisation LRA und deren Anführer, Kony, empfinden. Dessen Rebellion nach der Machtergreifung Musevenis wird weiterhin als berechtigt angesehen. Und auch wenn Konys Mittel verdammt würden, betrachteten viele Acholi die Kämpfer der LRA als Opfer der Umstände und nicht bloss als Verbrecher, schreibt Green.

Nachdem die Armee in den neunziger Jahren Kony immer mehr bedrängt hatte, terrorisierte dieser die Bevölkerung unheimlich. Die LRA entführte massenweise Kinder und verhängte symbolische Präventivstrafen wie das Abschneiden von Ohren und Lippen für den Verrat der Rebellen an die Regierungstruppen. Umgekehrt wird Museveni nicht als Friedenspolitiker gefeiert, wie er es gerne

hätte. Der Präsident sei Teil der Probleme im Norden, nicht ihrer Lösung, sagte kürzlich Norbert Mao, der Präsidentschaftskandidat der Democratic Party, in einem Interview. In Gulu nennen sie den mit seinen 44 Jahren jugendlich wirkenden Mao, einen Acholi, in Anlehnung an seinen chinesischen Namensvetter liebevoll «Chairman Mao» («Vorsitzender Mao»). Er machte sich als Bürgermeister von Gulu einen Namen und ist in seiner engeren Heimat populär. Museveni habe der politische Wille gefehlt, die LRA wirksam zu bekämpfen, sagt Mao; stattdessen habe er diskriminierende Massnahmen gegen die Acholi angeordnet.

Damit sind die Vertriebenenlager gemeint, eigentliche Konzentrationslager, in die zeitweise über eine Million Acholi gezwungen wurden – die gesamte Landbevölkerung. Es gab über 200 solcher Lager mit teilweise mehreren zehntausend Bewohnern. Die meisten wurden erst in den letzten zwei Jahren geschlossen. Wegen der schlechten hygienischen Versorgung kamen in den Lagern nach Schätzungen von Fachleuten mehr Personen ums Leben als durch direkte Kriegseinwirkungen.

Obwohl die Lager geschlossen wurden und Konys Terrororganisation aus dem Land getrieben wurde, zuerst in den Südsudan und später ins Grenzgebiet zwischen Kongo-Kinshasa und Zentralafrika, wo sie seither ihr Unwesen treibt, ist für die Acholi der Krieg nicht abgeschlossen. Von Museveni kommen weder Versöhnungsgesten, noch werden für Kriegsverbrechen vonseiten der Armee Schuldige ausgemacht. Die bösen Erinnerungen können so nicht zur Ruhe gebracht werden.

Timothy Okee, ein Geschäftsmann und Wohltäter in Gulu, der als Unabhängiger für das Parlament kandidiert, zählt namentlich 18 Mitglieder seiner Familie auf, die, durch den Krieg umgekommen seien. Nach seiner Erzählung war für den ersten Frevel Musevenis Armee verantwortlich; die Soldaten stahlen dem Vater Okees dessen 300 Kühe. Einige Jahre später behauptete ein Offizier, die Familie habe Zahlungen von den Rebellen für Nahrungsmittel oder den Kauf von Mobiltelefonen erhalten. Daraufhin wurde der Vater gefoltert und starb an den Verletzungen.

In der Zwischenzeit hatte die LRA zwei von Okees Cousins entführt; sie blieben bis zum heutigen Tag verschwunden. Einer seiner Brüder wurde vor den Augen der Mutter mit einer Axt erschlagen. In Acholiland, wie Einheimische die Region nördlich des Victoria- und östlich des Albert-Nils nennen, wissen fast alle solche Geschichten zu erzählen. Die Betroffenen tun es jedoch nie von sich aus, sondern immer erst, wenn sie danach gefragt werden.

Vernachlässigung geht weiter

Die Bäuerinnen von Wianaka wussten vor zwei Jahren, als das Vertriebenenlager geschlossen wurde, nicht, wohin sie zurückzukehren sollten. Sie blieben, wo sie waren, und versuchen seither, durch den Verkauf von Erdnüssen ein Auskommen zu finden. Die Umgebung, eine frühere Rinderranch, liegt weitgehend brach. Während der Kriegsjahre drangen Elefanten in die ehemalige Farm ein. Mit ihrem Kot verbreiteten sie die Samen von Ölpalmen, die nun überall kleine Baumgruppen bilden.

Chris Lutara, der Besitzer der Länderei, hilft den Bäuerinnen bei der Vermarktung der Erdnüsse. Er selber vermag laut eigenen Angaben lediglich 80 der 2400 Hektaren umfassenden Farm mit Mais, Erdnüssen, Sonnenblumen und Sorghum zu bebauen. Für den anhaltenden Misserfolg macht er Kapitalmangel und hohe Betriebskosten verantwortlich. Seine Farm sei ein Traum für jeden Investor, aber Museveni vernachlässige die Landwirte, glaubt Lutara. Er hält die Zeit reif für einen Regierungswechsel. Die Bäuerinnen von Wianaka denken ebenso, auch wenn sie es mehr durch Mimik als mit Worten kundtun.